

Thüringen/Sachsen-Anhalt

Stellungnahme zum Wasserstoffkernnetz

[01.08.2023] Die Länder Thüringen und Sachsen-Anhalt haben sich jetzt zu den Plänen für ein deutsches Wasserstoffkernnetz geäußert. Beide Länder begrüßen die vorgelegten Pläne, sehen aber auch Nachbesserungsbedarf.

Die beiden Bundesländer Thüringen und Sachsen-Anhalt haben sich jetzt zu den Plänen für ein deutsches Wasserstoffkernnetz geäußert. Wie das Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz sowie das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft mitteilen, begrüßen sie grundsätzlich die vorliegenden Pläne für ein deutsches Wasserstoffkernnetz mit zentraler Einbindung Thüringens. Wirtschaftsstaatssekretär Carsten Feller (SPD) weist jedoch darauf hin, dass es für die notwendige Planungssicherheit nun wichtig sei, schnellstmöglich Transparenz und Verbindlichkeit hinsichtlich der konkreten Trassenverläufe, Ausspeisepunkte und Leitungskapazitäten des zukünftigen Wasserstoffkernnetzes herzustellen.

Darüber hinaus will sich das Land Thüringen weitere Optionen hinsichtlich der Anzahl der Ausspeisepunkte offen halten. So sei der Wasserstoffbedarf der Industrie derzeit noch nicht abschließend geklärt. In der aktuellen Planung stünden die kreisfreien Städte Erfurt und Jena mit jeweils einer Anlage zur Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), die perspektivisch auf Wasserstoff umgestellt werden könnte, sowie der Landkreis Saalfeld-Rudolstadt mit dem Stahlwerk Unterwellenborn im Fokus. Derzeit seien die Ministerien im Austausch mit der Wirtschaft, um den weiteren Bedarf an Wasserstoff auch in anderen Regionen zu klären.

Anbindung aus drei Richtungen

Die von den Fernleitungsnetzbetreibern vorgelegten Entwürfe sähen im Rahmen der Wasserstoff-Kernnetzplanung eine Anbindung Thüringens aus drei Richtungen (Nordwesten/Nordsee, Nordosten/Ostsee und perspektivisch Bayern) vor. Diese soll nach den vorgelegten Planentwürfen ab 2032 Wasserstoff nach Thüringen bringen. Nun gelte es, den Aufbau des dem Transportnetz untergeordneten Verteilnetzes zügig voranzutreiben. Das Kernnetz soll perspektivisch in das europäische Wasserstoffnetz (EU H2-Backbone) integriert werden.

Die Fernleitungsnetzbetreiber planen einen gemeinsamen Antrag für den Aufbau des Wasserstoff-Kernnetzes. Das Projekt soll die Dekarbonisierung von Industriezweigen wie der Stahlindustrie, der Glas- und Keramikindustrie, der Zement- und Baustoffindustrie sowie der Chemie- und Papierindustrie ermöglichen. Die Einspeisung von Wasserstoff soll vor allem an der Nord- und Ostseeküste erfolgen, wo Windstrom für den Betrieb von Elektrolyseuren genutzt werden kann.

Auch Sachsen-Anhalt begrüßt Planungen

Wie das Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt mitteilt, hat auch Energieminister Professor Armin Willingmann (SPD) in einer Stellungnahme an Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) die Planungen als wichtiges Signal für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft begrüßt. Zugleich forderte er, dass in der ersten Ausbaustufe auch die Ost-West-Pipeline zwischen dem mitteldeutschen Chemiedreieck, Magdeburg und dem niedersächsischen Salzgitter realisiert wird. In den bisherigen Planungen sei die Trasse lediglich als Transportalternative eingestuft worden. Der Minister drängte zudem auf eine bessere Anbindung der

Braunkohleregion im Süden des Landes. So müsse das Wasserstoff-Kernnetz um rund zehn Kilometer verlängert werden, um den im Aufbau befindlichen Wasserstoff-Cluster Burgenlandkreis sowie den geplanten Groß-Elektrolysestandort der MIBRAG in Profen einbinden zu können.

Bedarf an grünem Wasserstoff wird steigen

Zudem seien mehrere Landkreise in den Planungen bisher nur als Einspeisegebiete deklariert. Bis 2032 würden aber auch an Industriestandorten wie Bitterfeld-Wolfen, Piesteritz, Arneburg und Haldensleben Ausspeisebedarfe entstehen, die es zu berücksichtigen gelte. Das Energieministerium Sachsen-Anhalt gehe davon aus, dass der Bedarf an grünem Wasserstoff bis 2030 auf mindestens sechs Terawattstunden ansteigen werde.

Für die länderübergreifenden Infrastrukturprojekte Green Octopus und doing hydrogen, die Teil des Wasserstoff-Kernnetzes werden sollen, habe das Energieministerium in den kommenden Jahren insgesamt 58,9 Millionen Euro eingeplant. Der Bund habe bisher rund 130 Millionen Euro zugesagt. Bis auf den Abschnitt nach Salzgitter, der bisher nur als Transportalternative kategorisiert sei, hätten die Fernleitungsnetzbetreiber alle Pipelines in diese Projekte einbezogen. Insofern befänden sich auch ein Großteil der energieintensiven Industrien des Landes sowie nahezu alle bekannten größeren Elektrolyseurprojekte in unmittelbarer Nähe des geplanten Wasserstoffnetzes.

(th)

Der Planungsstand der Fernleitungsnetzbetreiber ist hier abrufbar.

Stichwörter: Wasserstoff, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Wasserstoffkernnetz